## S 20 KA 1091/13

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Vertragsärztliche Vergütung –

Abrechnungsbestimmungen der Kassenärztlichen Vereinigung – Honorarabschläge – Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in der Organisationsform einer juristischen Person des Privatrechts – Gesellschafter nicht ausschließlich natürliche Personen – Abschlagszahlungen abhängig von der Vorlage einer Bankbürgschaft – Verstoß

gegen Art 3 Abs 1 GG

Leitsätze Abschlagszahlungen auf das

vertragsärztliche Honorar dürfen nicht

allein bei Medizinischen

Versorgungszentren, die in der Organisationsform einer juristischen

Person des Privatrechts betrieben werden

und deren Gesellschafter nicht

ausschließlich natürliche Personen sind, von der Vorlage einer Bankbürgschaft

abhängig gemacht werden.

Normenkette SGB V § 87b Abs 1 S 1 Halbs 1;SGB VSGB

V § 95 Abs 2 S 6; SGB VGG Art 3 Abs

1:SGB VGmbHG § 13 Abs 1:SGB VGmbHG

§ 13 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 20 KA 1091/13

Datum 21.05.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 12 KA 37/19

Datum 07.10.2020

3. Instanz

Datum 07.09.2022

Â

Auf die Revision der KlĤgerin werden die Urteile des Bayerischen Landessozialgerichts vom 7. Oktober 2020 und des Sozialgerichts München vom 21. Mai 2019 aufgehoben. Es wird festgestellt, dass die Beklagte die Gewährung von Abschlagszahlungen an die Klägerin auf deren Honorar aus vertragsärztlicher Tätigkeit nicht von der Beibringung einer Bankbürgschaft abhängig machen darf.

Die Beklagte trÄxgt die Kosten des Rechtsstreits in allen Rechtszügen.

Â

Gründe:

1

Â

1

Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber die Gew $\tilde{A}$  $^{\mu}$ hrung von Abschlagszahlungen auf das vertrags $\tilde{A}$  $^{\mu}$ rztliche Honorar.

Â

2

Die klagende Gesellschaft mit beschrĤnkter Haftung (GmbH) ist TrĤgerin eines Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ). Einzige Gesellschafterin der TrĤger-GmbH ist wiederum eine GmbH, die OÂ GmbH. Bis zum Quartal 2/2012 gewÃxhrte die beklagte KassenĤrztliche Vereinigung (KÃ\(\text{V}\)) der KlÄ\(\text{agerin monatliche}\) Abschlagszahlungen auf das zu erwartende Honorar aus der vertragsĤrztlichen TÃxtigkeit des MVZ. Mit Wirkung zum 1.7.2012 Ãxnderte die Beklagte ihre Abrechnungsbestimmungen (im Folgenden: AbrBestKVB) durch die EinfA¼hrung eines neuen §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB. Ã∏ber die bevorstehende Ã∏nderung informierte sie die KlĤgerin mit Schreiben vom 18.4.2012 und machte die weitere Gewährung von Abschlagszahlungen â∏ ausgehend von einem monatlichen Abschlag von 2 407 700 Euro â∏∏ von der Beibringung einer BankbÃ⅓rgschaft über 12 038 500 Euro abhängig. Die Klägerin brachte keine Bankbýrgschaft bei, sodass die Beklagte keine weiteren Abschlagszahlungen leistete. Hiergegen sowie gegen das Schreiben vom 18.4.2012 legte die KlĤgerin Widerspruch ein, den die Beklagte als unzulÄxssig und auch als unbegrļndet zurýckwies (Widerspruchsbescheid vom 30.10.2013).

Â

3

Klage und Berufung sind erfolglos geblieben (Urteil des SG vom 21.5.2019; Urteil des LSG vom 7.10.2020). Zur Begründung hat das LSG ausgeführt, dass der Beklagten bei der Ausgestaltung der Regelungen zur Abschlagszahlung ein weiter Gestaltungsspielraum zukomme, den diese nicht überschritten habe. Die geänderte Regelung verstoÃ∏e nicht gegen §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V, die allein die Bürgschaftsverpflichtung als Voraussetzung für die Zulassung eines in der Rechtsform einer GmbH betriebenen MVZ regele. Sie habe hingegen nicht die Voraussetzungen für die Gewährung von Abschlagszahlungen zum Gegenstand. Die in den Abrechnungsbestimmungen getroffene Regelung zur Beibringung einer Bürgschaft verstoÃ∏e auch nicht gegen Art 3 Abs 1 GG. Die Ungleichbehandlung knüpfe nicht an personenbezogene Merkmale, sondern überwiegend an verhaltensbezogene Umstände an, die beeinflussbar seien. Zur Rechtfertigung der Ungleichbehandlung sei daher nur ein sachlich einleuchtender Grund erforderlich, der hier vorliege. WÄxhrend ein in Einzelpraxis oder in einer BerufsausÃ1/4bungsgemeinschaft (BAG) tÃxtiger Vertragsarzt oder VertragsÃxrzte, die als Gesellschafter eines MVZ zur Vorlage einer selbstschuldnerischen Býrgschaft verpflichtet seien, mit ihrem gesamten privaten Vermögen hafteten, sei die Haftung einer GmbH grundsÄxtzlich auf deren GesellschaftsvermĶgen begrenzt. Die HĶhe der angeforderten Bürgschaft (fünf Abschläge) sei angemessen, da erst mehr als sechs Monate nach Beginn des Abrechnungsquartals die konkrete HA¶he des Bruttohonorars feststehe.

Â

4

Mit ihrer Revision rügt die Klägerin eine Verletzung von §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V und Art 3 Abs 1 GG. Mit der von der Beklagten geforderten zusätzlichen Býrgschaft der MVZ-Trägergesellschaft werde <u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V</u> unterlaufen und die dazu ergangene Rechtsprechung des BSG missachtet. Die angegriffene Regelung verletze zudem Art 3 Abs 1 GG, weil nur von MVZ, hinter deren Trägergesellschaft eine GmbH stehe, eine â∏ mit Kosten verbundene â∏ Bankbürgschaft vorzulegen sei. Für diese Ungleichbehandlung bestehe kein sachlicher Grund. Eine ausreichende Absicherung von Gläubigern werde bereits über §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V erreicht. Eine GmbH hafte â∏ ebenso wie eine natürliche Person â∏∏ mit ihrem gesamten VermĶgen. Bei VermĶgenslosigkeit seien auch Rückforderungsansprüche gegen natürliche Personen nicht zu realisieren. Zudem hÃxtte die Beklagte eine weitere Absicherung erreichen können, ohne die MVZâ∏∏GmbH mit den hohen Kosten einer Bankbürgschaft zu belasten, indem sie eine selbstschuldnerische Bürgschaft der hinter einer Träger-GmbH stehenden natürlichen Person verlangt. Aufgrund der seit dem 1.8.2021 geltenden Regelungen zum Transparenzregister seien die entsprechenden Personen leicht zu ermitteln.

Â

5

Die KlĤgerin beantragt, die Urteile des Bayerischen LSG vom 7.10.2020 und des SG Mýnchen vom 21.5.2019 aufzuheben und festzustellen, dass die Beklagte die GewĤhrung von Abschlagszahlungen an die KlĤgerin auf deren Honorar aus vertragsĤrztlicher TĤtigkeit nicht von der Beibringung einer Bankbýrgschaft abhängig machen darf.

Â

6

Die Beklagte beantragt, die Revision zurĽckzuweisen.

Â

7

<u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V</u> regele die Voraussetzungen der Zulassung des MVZ zur vertragsĤrztlichen Versorgung, entfalte aber keine Sperrwirkung auf der Ebene der Abrechnungsbestimmungen. Entgegen der Auffassung der Klägerin verstoÃ∏e die in den Abrechnungsbestimmungen getroffene Regelung zum Býrgschaftserfordernis auch nicht gegen Art 3 Abs 1 GG. Vertragsärzte, die Gesellschafter einer MVZ-TrĤgergesellschaft seien und die nach §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V zur Beibringung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft verpflichtet seien, müssten mit ihrem gesamten Vermögen für etwaige Rückforderungen von KÃ∏Ven und Krankenkassen einstehen. Dagegen sei die Haftung einer GmbH auf das VermĶgen der Gesellschaft beschrĤnkt. Die Argumentation der Klägerin, nach der KÃ∏Ven die Möglichkeit haben, eine zusÄxtzliche Absicherung durch selbstschuldnerische Býrgschaften der hinter der MVZâ∏∏Trägergesellschaft stehenden natürlichen Personen zu erlangen, sei unverständlich und mit der Rechtsprechung des BSG nicht zu vereinbaren. Es sei auch nicht Aufgabe der KA

Ven oder der Zulassungsgremien, die Gesellschafter einer MVZâ∏∏Trägergesellschaft zu ermitteln.

Â

8

Der Senat hat im Revisionsverfahren die die Einführung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB betreffenden Materialien (Beschlussvorlage des Vorstands für die Vertreterversammlung am 26.11.2011, Protokoll der Sitzung der Vertreterversammlung am 26.11.2011, ua) beigezogen.

Â
II
Â
9
Die zulĤssige Revision der KlĤgerin hat Erfolg (§ 170 Abs 2 Satz 1 SGG). Die Beklagte darf die Zahlung von AbschlĤgen auf das zu erwartende Honorar der KlĤgerin aus der vertragsĤrztlichen TĤtigkeit des von ihr getragenen MVZ nicht von der Vorlage einer Bankbürgschaft abhängig machen. Soweit die Beklagte in ihren Abrechnungsbestimmungen Abweichendes geregelt hat, sind diese mit höherrangigem Recht unvereinbar und nichtig.
Â
10
A. Gegenstand des Verfahrens sind die beiden vorinstanzlichen Urteile. Gegen den Widerspruchsbescheid, mit dem die Beklagte den Widerspruch der Klägerin gegen das Schreiben vom 18.4.2012 (auch) als unzulässig zurýckgewiesen hat, hat sich die Klägerin auch nicht mehr hilfsweise gewandt, nachdem der Senat im Revisionsverfahren darauf hingewiesen hat, dass es sich bei dem genannten Schreiben auch nach seiner Auffassung nicht um einen Verwaltungsakt iS des $\frac{A}{A}$ A 1 SGB X handelt.
Â
11
B. Die Klage ist als Feststellungsklage nach <u>§ 55 Abs 1 Nr 1 SGG</u> zulässig.
Â
12
1. Das erforderliche Feststellungsinteresse folgt aus dem Umstand, dass die Beklagte es weiterhin ablehnt, der Klägerin monatliche Honorarabschläge ohne vorherige Beibringung einer Bankbýrgschaft zu zahlen.
Â
13
2. Der Zulässigkeit der Feststellungsklage steht nicht entgegen, dass sie auf die Klärung einzelner Elemente eines Rechtsverhältnisses gerichtet ist. Zwar hängt der Anspruch auf Abschlagszahlung nicht allein von der Beibringung einer

Bankbýrgschaft ab. Auch die auf Feststellung einzelner Elemente eines Rechtsverhältnisses gerichtete Elementenfeststellungsklage ist allerdings zulässig, wenn sicher anzunehmen ist, dass dadurch der Streit der Beteiligten insgesamt bereinigt wird (BSG Urteil vom 15.6.2016 â $\square$  BÂ 4Â AS 36/15Â RÂ â $\square$ 5 SozR 4â $\square$ 4200 §Â 22 Nr 90 RdNr 18 mwN; vgl auch BSG Urteil vom 25.11.2020 â $\square$  BÂ 6Â KA 28/19Â RÂ â $\square$ 5 SozR 4â $\square$ 5531 Abschn 31.5.3 Nr 1 RdNr 16). So liegt der Fall hier. Auch die Beklagte stellt nicht in Frage, dass die Klägerin Anspruch auf Abschlagszahlungen hat, wenn eine Bankbürgschaft nicht verlangt werden darf.

Â

14

3. Die Zulässigkeit des Feststellungsantrags hängt hier nicht davon ab, ob die Klägerin ihr Begehren möglicherweise auch mit einer Verpflichtungs- oder einer isolierten Leistungsklage hätte erreichen können. Zwar gilt der Grundsatz der Subsidiarität der Feststellungsklage auch im sozialgerichtlichen Verfahren, obwohl er â $\square$ A anders als in §Â 43 Abs 2 VwGO und §Â 41 Abs 2 FGO â $\square$  keinen ausdrýklichen Niederschlag im Gesetzeswortlaut gefunden hat (stRspr; vgl BSG Urteil vom 2.7.2013 â $\square$ A BÂ 4Â AS 74/12Â RÂ â $\square$  SozR 4â $\square$ 4200 §Â 6b Nr 2 RdNr 24 mwN). Dieser gilt jedoch bei Feststellungsklagen gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts nur eingeschränkt, da angenommen werden kann, dass solche Beklagte aufgrund ihrer verfassungsrechtlich verankerten Bindung an Gesetz und Recht (Art 20 Abs 3 GG) rechtskräftigen (feststellenden) Urteilen auch ohne Vollstreckungsdruck nachkommen (vgl BSG Urteil vom 14.5.2014 â $\square$ A BÂ 6Â KA 21/13Â RÂ â $\square$ BSGE 116, 1 =Â SozR 4â $\square$ 2500 §Â 34 Nr 14, RdNr 20; BSG Urteil vom 26.5.2021 â $\square$ A BÂ 6Â KA 7/20Â RÂ â $\square$ B SozR 4â $\square$ 1300 §Â 56 Nr 2 RdNr 16; jeweils mwN).

Â

15

4. Der Zulässigkeit der Feststellungsklage steht auch nicht das Erfordernis entgegen, vor ihrer Erhebung grundsätzlich ein Verwaltungs- und ein Vorverfahren durchzuführen (vgl BSG Beschluss vom 15.12.2020 â∏ B 2 U 142/20 B â∏ juris RdNr 8; BSG Urteil vom 4.11.2021 â∏ B 6 KA 13/20 R â∏ juris RdNr 19, zur Veröffentlichung in SozR 4â∏5540 Anl 9.1 Nr 15 vorgesehen). Zwar hat die Beklagte hier keinen Ausgangsbescheid erlassen und den Widerspruch der Klägerin in erster Linie als unzulässig zurückgewiesen. Sie hat aber sowohl in dem Schreiben vom 18.4.2012 als auch in der Begründung des Widerspruchsbescheides unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass sie die im Streit stehende Regelung in §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB als rechtmäÃ∏ig und wirksam ansieht und dementsprechend die Gewährung von Abschlagszahlungen gegenüber der Klägerin von der Beibringung einer Bankbürgschaft abhängig machen wird. Unter diesen Umständen wþrde sich die Durchführung eines erneuten Verwaltungsverfahrens mit Ausgangs- und Widerspruchsbescheid als reine

Förmelei erweisen (zur Zulässigkeit der Feststellungsklage in einer solchen Konstellation vgl BSG Urteil vom 4.11.2021 â $\square$  $\square$  BÂ 6Â KA 13/20Â RÂ â $\square$  $\square$  juris RdNr 19, zur Veröffentlichung in SozR 4â $\square$ 05540 Anl 9.1 Nr 15 vorgesehen; BSG Urteil vom 6.4.2022 â $\square$  $\square$  BÂ 6Â KA 12/21Â RÂ â $\square$  $\square$  juris RdNr 17, zur Veröffentlichung in SozR 4â $\square$ 05520 §Â 24 Nr 15 vorgesehen).

Â

16

C. Die Revision ist begründet. Zu Unrecht macht die Beklagte die Gewährung von Abschlagszahlungen an die Klägerin von der Vorlage einer Bankbürgschaft abhängig.

Â

17

1. Nach <u>§Â 87b Abs 1 Satz 1 Halbsatz 1 SGB V</u> verteilt die KÃ∏V die vereinbarte Gesamtvergütung an die Ã∏rzte, Psychotherapeuten und medizinischen Versorgungszentren sowie ermÄxchtigten Einrichtungen, die an der vertragsÃxrztlichen Versorgung teilnehmen. Die an der vertragsÃxrztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringer rechnen ihr Honorar kalendervierteljährlich (für den Bezirk der Beklagten vgl §Â 2 Satz 1 AbrBestKVB) und damit nach Abschluss des Quartals, in dem die Leistung erbracht worden ist, gegenüber der KÃ∏V ab. Die Honorarbescheide, die eine Prüfung sämtlicher eingereichter Abrechnungen und auf dieser Grundlage Berechnungen zur Quotierung der Vergýtung unter Berücksichtigung der Höhe der von den Krankenkassen gezahlten Gesamtvergütung und der Menge der abgerechneten vertragsärztlichen Leistungen voraussetzen, können daher regelmäÃ∏ig erst im zweiten auf die Leistungserbringung folgenden Quartal ergehen. Dem erheblichen zeitlichen Abstand zwischen der Erbringung der vertragsĤrztlichen Leistungen und ihrer Honorierung wird nicht nur im Bezirk der Beklagten, sondern allgemein durch die GewĤhrung von Abschlagszahlungen auf die zu erwartende künftige Honorarforderung Rechnung getragen. Entsprechende Regelungen kannen entweder im Honorarverteilungsma̸stab (HVM) oder aber in gesonderten Abrechnungsbestimmungen in Form einer Satzung getroffen werden (vgl zB BSG Urteil vom 25.8.1999 â∏∏ <u>B 6 KA 34/98 R</u> â∏∏ <u>SozR 3â∏∏2500 §Â 85 Nr 32</u> S 246; BSG Urteil vom 3.2.2010 â∏∏ BÂ 6Â KA 30/08Â RÂ â∏∏ BSGE 105, 224 = SozR 4â∏2500 §Â 85 Nr 52 RdNr 45; BSG Urteil vom 10.12.2014 â∏ <u>B 6 KA 45/13 R</u> â∏ <u>BSGE 118, 30</u> = SozR 4â∏☐2500 §Â 85 Nr 81, RdNr 34; vgl Loose in Hauck/Noftz, SGB V, Stand September 2022, §Â 85 RdNr 257). Die jeweils getroffenen Regelungen binden die KÃ Uen bei ihrer Entscheidung über die Erbringung von Abschlagszahlungen gegenüber dem einzelnen Arzt (BSG Urteil vom 10.12.2014 â∏∏ BÂ 6Â KA 45/13Â RÂ â∏∏ BSGE 118, 30 =Â SozR  $4\hat{a}$  ∏2500 §Â 85 Nr 81, RdNr 34).

Â

2. Die Beklagte hat Regelungen zur Erbringung von Abschlagszahlungen in §Â 5 AbrBestKVB getroffen. Nach §Â 5 Abs 1 Satz 1 AbrBestKVB werden Abschlagszahlungen auf das zu erwartende Vierteljahreshonorar des einzelnen Vertragsarztes monatlich durch die Beklagte geleistet. Wenn der Beklagten besondere UmstĤnde (zB wesentliche VerĤnderungen des Honorars des Vertragsarztes) bekannt werden, kann sie die Abschlagszahlungen nach §Â 5 Abs 3 AbrBestKVB erhĶhen, vermindern oder die Abschlagszahlungen einstellen. Bei VertragsĤrzten, die ihre Abrechnung nicht fristgerecht vorlegen, kann die Beklagte weitere Zahlungen nach §Â 5 Abs 4 AbrBestKVB bis zum Eingang der Abrechnungsunterlagen aussetzen.

Â

19

Bis zum 30.6.2012 hat die im Bezirk der beklagten K̸V an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmende Klägerin die Voraussetzungen für den Anspruch auf monatliche Abschlagszahlungen erfüllt. Das ist zwischen den Beteiligten nicht umstritten und entsprechende Zahlungen sind auch geleistet worden. Davon ist die Beklagte auch in dem an die KlĤgerin gerichteten Schreiben vom 18.4.2012 ausgegangen. Grundlage der Einstellung der Abschlagszahlungen gegenļber der KIägerin mit Ablauf des 30.6.2012 war allein die in der Vertreterversammlung vom 26.11.2011 beschlossene, im Bayerischen Staatsanzeiger Nr 3/2012 vom 20.1.2012 veröffentlichte Regelung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB, die nach der Präambel zur AbrBestKVB zum 1.7.2012 in Kraft getreten ist und erstmals auf Abrechnungen des Quartals 3/2012 Anwendung gefunden hat. Danach werden Abschlagszahlungen nach §Â 5 Abs 1 AbrBestKVB für ein MVZ, das in der Organisationsform einer juristischen Person des Privatrechts betrieben wird, nur dann geleistet, wenn deren Gesellschafter ausschlie̸lich natürliche Personen sind und diese zur Sicherung von Forderungen der Krankenkassen und der Beklagten selbstschuldnerische BA¼rgschaftserklAxrungen abgegeben haben. Sind bei einem MVZ, das in der Organisationsform einer juristischen Person des Privatrechts betrieben wird, die Gesellschafter nicht ausschlie̸lich natürliche Personen, leistet die Beklagte Abschlagszahlungen nur dann, wenn das MVZ zur Sicherung von Forderungen der Beklagten und der Krankenkassen aus dessen vertragsĤrztlicher TĤtigkeit eine selbstschuldnerische Bļrgschaft einer Bank, die im Gebiet der Europäxischen Union ansäxssig ist, in Hä¶he von fä¼nf Abschlagszahlungen beigebracht hat. Die KlĤgerin ist eine juristische Person und ihre einzige Gesellschafterin wiederum eine GmbH und damit keine natürliche Person.

Â

20

3. Indes ist die in §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB getroffene Regelung mit

höherrangigem Recht unvereinbar und unwirksam, sodass der Anspruch der Klägerin auf Abschlagszahlungen nicht von der Beibringung einer Bankbürgschaft abhängig ist. Die genannte Regelung verstöÃ∏t gegen Art 3 Abs 1 GG, indem sie den Anspruch auf Abschlagszahlungen von der Vorlage einer Bankbþrgschaft abhängig macht, wenn die Gesellschafter einer MVZâ∏∏Trägergesellschaft nicht ausschlieÃ∏lich natþrliche Personen sind.

Â

21

a) Der allgemeine Gleichheitssatz des Art 3 Abs 1 GG gebietet, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches dementsprechend unterschiedlich zu behandeln (vgl BVerfG Beschluss vom 15.7.1998 â∏∏ <u>1Â BvR 1554/89</u> ua  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A}$  BVerfGE 98, 365, 385; stRspr). Aus dem allgemeinen Gleichheitssatz ergeben sich fýr Ungleichbehandlungen je nach Regelungsgegenstand und Differenzierungsmerkmalen unterschiedliche Grenzen fÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Gesetzgeber, die von gelockerten auf das WillkA¼rverbot beschrAxnkten Bindungen bis hin zu strengen VerhältnismäÃ∏igkeitserfordernissen reichen können (vgl BVerfG Beschluss vom 7.11.2006  $\hat{a} \square \square \hat{A}$  1 $\hat{A}$  BvL 10/02 $\hat{A}$   $\hat{a} \square \square$  BVerfGE 117, 1, 30; BVerfG Beschluss vom 21.7.2010 â∏ <u>1 BvR 611/07</u> ua â∏ <u>BVerfGE 126, 400</u>, 416). Das Ma̸ der Bindung hängt unter anderem davon ab, inwieweit die Betroffenen in der Lage sind, durch ihr Verhalten die Verwirklichung der Kriterien zu beeinflussen, nach denen unterschieden wird (BVerfG Beschluss vom 21.6.2011  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} = \hat{A}$ die Rechtfertigung zu stellenden Anforderungen sind umso hA¶her, je weniger die Merkmale, an die die gesetzliche Differenzierung anknüpft, für den Einzelnen verf $\tilde{A}^{1/4}$ gbar sind (BVerfG Beschluss vom 15.12.2015  $\hat{a} \square \square \hat{A}$   $\frac{2\hat{A}}{B}$   $\frac{B}{V}$ L  $\frac{1}{12}$  $\hat{A}$   $\hat{a} \square \square$ BVerfGE 141, 1 RdNr 94; BVerfG Beschluss vom 29.3.2017 â∏ 2Â BvL 6/11Â â∏ BVerfGE 145, 106 RdNr 105; BVerfG Beschluss vom 8.7.2021 â∏∏ 1Â BVR 2237/14 ua â∏∏ BVerfGE 158, 282 RdNr 111).

Â

22

Hier bedarf es keiner strengen VerhältnismäÃ∏igkeitsprüfung. Differenzierungen bedürfen aber stets der Rechtfertigung durch SachgrÃ⅓nde, die dem Differenzierungsziel und dem AusmaÃ∏ der Ungleichbehandlung angemessen sind. Art 3 Abs 1 GG gebietet nicht nur, dass die Ungleichbehandlung an ein der Art nach sachlich gerechtfertigtes Unterscheidungskriterium anknüpft, sondern verlangt auch fÃ⅓r das MaÃ∏ der Differenzierung einen inneren Zusammenhang zwischen den vorgefundenen Verschiedenheiten und der differenzierenden Regelung, der sich als sachlich vertretbarer Unterscheidungsgesichtspunkt von hinreichendem Gewicht erweist (vgl Val BVerfGB Beschluss vom 7.7.2009 â∏A <math>Val BVR Val BVerfGE Val BVerf

 $4\hat{a}_{\square}2500~\hat{A}$ § $\hat{A}$  75 Nr $\hat{A}$  19 RdNr $\hat{A}$  15). Der Gleichheitssatz ist dann verletzt, wenn eine Gruppe von Normadressaten oder Normbetroffenen im Vergleich zu einer anderen anders behandelt wird, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art $\hat{A}$  und solchem Gewicht bestehen, dass sie die unterschiedliche Behandlung rechtfertigen k $\hat{A}$ ¶nnen (stRspr des BVerfG; vgl hierzu zB BVerfG Urteil vom 28.1.2003  $\hat{a}_{\square}\hat{A}$   $\hat{A}$  BvR 487/01 $\hat{A}$   $\hat{a}_{\square}$  BVerfGE 107, 133, 141; BVerfG Beschluss vom 21.6.2011  $\hat{a}_{\square}\hat{A}$   $\hat{A}$  BvR 2035/07 $\hat{A}$   $\hat{A}_{\square}$  BVerfGE 129, 49, 68 $\hat{A}$   $\hat{A}$ ; jeweils mwN).

Â

23

Â

24

Â

25

c) Weshalb die Gewährung von Abschlagszahlungen, die allein von der Beklagten zu leisten sind, die Sicherung von â $\square$ Forderungen der Krankenkassenâ $\square$  (§Â 5 Abs 1a AbrBestKVB) erforderlich macht, ist nicht ohne weiteres ersichtlich.

Hingegen unterliegt es nach Auffassung des Senats keinem Zweifel, dass die beklagte K̸V berechtigt ist, die für sie mit der Erbringung von Abschlagszahlungen verbundenen wirtschaftlichen Risiken zu begrenzen und Regelungen zu treffen, die â∏ auch in Abhängigkeit von der Frage, wer Empfänger der Zahlung ist â∏ typisierend die Höhe des Risikos einkalkulieren, dass Rückforderungen im Falle einer Ã∏berzahlung nicht durchgesetzt werden können. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass eine KÃ∏V zur Zahlung des Honorars an die in ihrem Bezirk tÄxtigen vertragsÄxrztlichen Leistungserbringer im Grundsatz unabhängig von deren Solvenz und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verpflichtet ist. Der im Zivilrecht geltende Grundsatz der Vertragsfreiheit und die daraus folgenden Gestaltungsspielräume, die auch die Möglichkeit einschlieÃ∏en, keine vertraglichen Beziehungen mit unzuverlÄxssigen Vertragspartnern einzugehen, stehen der K̸V als Körperschaft des öffentlichen Rechts (§Â 77 Absâ 5 SGBâ V) bei der Erfã¼llung der ihr durch â§â 87b Absâ 1 Satzâ 1 SGBâ V gesetzlich zugewiesenen Aufgabe der Verteilung des Honorars auf die an der vertragsÄxrztlichen Versorgung teilnehmenden Leistungserbringer nicht zur Verfügung. Dementsprechend sind die zivilrechtlichen Bestimmungen â∏ soweit sie im öffentlichâ∏rechtlich geprägten Leistungserbringungsrecht überhaupt Geltung beanspruchen (vgl dazu §Â 69 Abs 1 Satz 3 SGBÂ V)Â â□□ auf die rechtlichen Beziehungen der Teilnehmer an der vertragsÄxrztlichen Versorgung zur K̸V nur mit Einschränkungen übertragbar (zu der nur eingeschränkten Anwendbarkeit der eine Aufrechnung gegenüber abgetretenen Ansprüchen beschrĤnkenden Bestimmung des <u>§Â 406 BGB</u> vgl BSG Urteil vom 11.12.2019  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \stackrel{\triangle}{BA} \hat{A} \stackrel{\triangle}{A} KA 10/18 \stackrel{\triangle}{A} \stackrel{\triangle}{A} \stackrel{\triangle}{A} \sqcap \sqcap SozR 4 \stackrel{\triangle}{A} \sqcap \sqcap 7610 \stackrel{\triangle}{A} \stackrel{\triangle}{A} 406 Nr \stackrel{\triangle}{A} 1 RdNr \stackrel{\triangle}{A} 41)$ . Der daraus folgenden Notwendigkeit, die durch die GewĤhrung von Abschlagszahlungen begründeten Risiken der beklagten KÃ∏V zu begrenzen, trägt etwa §Â 5 Abs 4 AbrBestKVB Rechnung, wonach die weiteren Zahlungen im Falle einer nicht fristgerechten Vorlage der Honorarabrechnung des Arztes ausgesetzt werden können.

Â

26

d) Mit der Einführung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB wollte die Beklagte nach dem Inhalt der im Revisionsverfahren beigezogenen Materialien aus dem Verfahren zur Einführung dieser Satzungsbestimmung dem Umstand Rechnung tragen, dass gerade von MVZâ∏Trägergesellschaften, deren Gesellschafter nicht ausschlieÃ∏lich natürliche Personen sind, ein besonders hohes Risiko ausgehe, dass Honorarrückforderungen ins Leere gehen. Dabei hat die Beklagte â∏ unzutreffend â∏ angenommen, dass die Haftung einer GmbH auf die Stammeinlage begrenzt sei, die nicht mehr als 25 000 Euro betragen müsse. Dagegen würden natürliche Personen mit ihrem gesamten Vermögen haften. Mit der Forderung nach einer Bankbürgschaft gegenüber MVZâ∏Trägergesellschaften, deren Gesellschafter nicht ausschlieÃ∏lich natürliche Personen sind, würde eine â∏haftungsrechtliche Gleichstellung des MVZ mit den â∏klassischenâ∏ Versorgungsformen (Einzelpraxis, Gemeinschaftspraxis)â∏ erreicht (so die Ausführungen in der

Beschlussempfehlung fýr den Vorstand der Beklagten, Bl 198 Revisionsakte sowie die BegrÃ⅓ndung des Antrags des Vorstands der Beklagten zur Beschlussfassung der Vertreterversammlung Ã⅓ber die EinfÃ⅓hrung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB, Bl 212 f Revisionsakte). Diese der EinfÃ⅓hrung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB zugrundeliegenden Annahmen der Beklagten sind in verschiedener Hinsicht unzutreffend.

Â

27

aa) GemäÃ∏ §Â 13 Abs 1, Abs 2 GmbHG haftet eine GmbH als juristische Person unbeschrĤnkt mit ihrem gesamten GesellschaftsvermĶgen (vgl zB Merkt, MÃ1/4nchener Kommentar GmbHG, 4. Aufl 2022, §Â 13 RdNr 340). Sofern die GmbH über ein geringes Gesellschaftsvermögen verfügt und von der KÃ∏V hohe Honorarrückzahlungen geltend gemacht werden, kann es dazu kommen, dass diese Rückforderungen nicht realisiert werden können, auch weil die Gesellschafter einer GmbH gemäÃ∏ §Â 13 Abs 2 GmbHG im Grundsatz nicht für Verbindlichkeiten der GmbH haften. Allerdings kann aus dem Umstand, dass eine GmbH nur über ein Mindeststammkapital in Höhe von 25Â 000Â Euro verfügen muss, nicht geschlossen werden, dass GmbHs generell über ein geringes GesellschaftsvermĶgen verfļgen würden und dafür gibt es bezogen auf die einzige Gesellschafterin der KlÄxgerin, die OA GmbH, die aufgrund der vorliegenden Bürgschaftserklärung für Verbindlichkeiten der Klägerin einzustehen hat, auch keine Anhaltspunkte. Dass eine juristische Person als Gesellschafterin der TrĤgergesellschaft ļber eine Kapitalausstattung verfļgt, die das VermĶgen vieler natürlicher Personen bei weitem übersteigt, ist im ̸brigen keineswegs untypisch, gerade wenn hinter der Trägerâ∏GmbH ein Krankenhaus oder â∏ wie hier â∏ ein groÃ∏es Laborunternehmen steht (vgl dazu Kaya, Rechtsfragen medizinischer Versorgungszentren auf Gründungs- und Zulassungsebene, 2012, SÂ 234; Basteck, GesR 2008, 14, 17; vgl auch bereits BSG Urteil vom 22.10.2014 â∏ B 6 KA 36/13 R â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 95 Nr 28 RdNr 21). Jedenfalls ist die Haftung einer GmbH wie der OÂ GmbH nicht auf das Mindeststammkapital in Höhe von 25 000 Euro beschränkt, wenn sie tatsÃxchlich über ein höheres Gesellschaftsvermögen verfügt (vgl dazu bereits BSG Urteil vom 22.10.2014 â∏ BÂ 6Â KA 36/13Â RÂ â∏ SozR 4â∏ 2500 §Â 95 Nr 28 RdNr 21). Das hat die Beklagte im vorliegenden Rechtsstreit auch nicht mehr in Zweifel gezogen.

Â

28

bb) Mit der von der Beklagten geforderten Bankbürgschaft wird vor allem nicht die angestrebte haftungsrechtliche Gleichstellung bewirkt, sondern eine fast vollständige Aufhebung der mit der Erbringung von Abschlagszahlungen verbundenen Risiken allein bezogen auf die Gruppe der MVZâ∏∏Trägergesellschaften, deren Gesellschafter nicht ausschlieÃ∏lich

natýrliche Personen sind. Weder von Vertragsärzten oder BAGen noch von MVZâ∏Trägergesellschaften, deren Gesellschafter ausschlieÃ∏lich natÃ⅓rliche Personen sind, wird von der Beklagten ein damit vergleichbar hohes MaÃ☐ an Sicherheiten als Voraussetzung fÃ⅓r die Gewährung von Abschlagszahlungen gefordert, obwohl Ausfallrisiken auch hier bestehen und durch eine BankbÃ⅓rgschaft weitgehend beseitigt werden könnten. Das besonders hohe MaÃ☐ an Sicherheit, das der KÃ☐V durch die BankbÃ⅓rgschaft vermittelt wird, belastet die MVZ-Träger, von denen die Beibringung dieser BÃ⅓rgschaft gefordert wird, einseitig mit nicht unerheblichen Kosten, die von der Klägerin fÃ⅓r die Zeit der DurchfÃ⅓hrung des erst- und zweitinstanzlichen Verfahrens nachvollziehbar mit jährlich etwa 0,35 bis 0,5 % der BÃ⅓rgschaftssumme (hier also ausgehend von einer BÃ⅓rgschaftssumme von ca 12 Mio Euro mit Beträgen zwischen ca 42 000 und 60 000 Euro jährlich) angegeben worden sind. Damit werden die mit dem Anspruch auf Abschlagszahlungen verbundenen Vorteile durch die geforderte BankbÃ⅓rgschaft erheblich eingeschränkt.

Â

29

e) §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V steht der ergänzenden Regelung von Bürgschaftserfordernissen in Abrechnungsbestimmungen zwar nicht generell entgegen (nachfolgend aa). Der Regelung können aber Hinweise darauf entnommen werden, auf welche Weise und in welchem Umfang der parlamentarische Gesetzgeber Forderungen von KÃ□Ven und von Krankenkassen absichern möchte. Für eine Differenzierung danach, ob Gesellschafter einer Trägergesellschaft natürliche oder juristische Personen sind, sind der gesetzlichen Regelung keine Anknüpfungspunkte zu entnehmen (nachfolgend bb).

Â

30

aa) Der Senat geht â□□ anders als die Klägerin â□□ nicht davon aus, dass §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V eine Sperrwirkung im Abrechnungsverhältnis in der Weise entfaltet, dass die KÃ□Ven generell gehindert wären, im HVM oder in ihren Abrechnungsbestimmungen Regelungen zu treffen, nach denen der Anspruch auf Abschlagszahlungen von der Beibringung einer weiteren Bürgschaft bzw einer anderen Sicherheitsleistung abhängig ist. Zwar besteht ein enger Zusammenhang zwischen den in §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V geregelten Zulassungsvoraussetzungen und der Honorarzahlung insoweit, als der Gesetzgeber mit dem Bürgschaftserfordernis der Gesellschafter eines MVZ in der Rechtsform einer GmbH gerade Honorarrückforderungen von KÃ□Ven und Schadensersatzansprüche von Krankenkassen absichern wollte (vgl den Regierungsentwurf des Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes â□□ VÃ□ndG â□□ BTâ□□Drucks 16/2474 S 21, zu Art 1 Nr 5 Buchst b). Das schlieÃ□t es aber nicht vollständig aus, dass die KÃ□V in ihren Abrechnungsbestimmungen

ergänzende Regelungen mit dem Ziel der Sicherung von Honorarrückforderungen trifft. So hat die Beklagte â $\square$  Ã¤hnlich wie andere KÃ $\square$ Ven â $\square$  in ihren Abrechnungsbestimmungen Regelungen zur Aussetzung oder Einstellung von Abschlagszahlungen ua für Konstellationen getroffen, in denen ein besonders hohes Risiko von Ã $\square$ berzahlungen besteht (zB bei Versäumung der Frist zur Vorlage der Abrechnung durch den Vertragsarzt). Das ist aus Sicht des Senats grundsätzlich nicht zu beanstanden. Daher spricht grundsätzlich auch nichts dagegen, wenn eine KÃ $\square$ V die für den Arzt bzw das MVZ aus der Einstellung von Abschlagszahlungen folgenden Nachteile in solchen Konstellationen begrenzt, indem sie die Abschläge zwar leistet, aber die Zahlung von Sicherheiten abhängig macht, die über die in <u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V</u> geforderten hinausgehen.

Â

31

bb) Hier möchte die Beklagte den Anspruch auf Abschlagszahlungen indes â∏ ganz unabhängig von einem im Einzelfall bestehenden Risiko der ̸berzahlung â∏∏ gegenüber einer bestimmten Gruppe von MVZâ∏∏Trägern generell von einer Bankbürgschaft und damit einer Sicherheitsleistung abhängig machen, die in <u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V</u> gerade nicht vorgeschrieben wird und die das durch die Abschlagszahlung begründete Risiko praktisch vollständig abdeckt. Abgesehen davon, dass die Beklagte mit §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB keine haftungsrechtliche Gleichstellung herbeifļhrt, sondern die Absicherung gegen ForderungsausfĤlle bezogen auf die Gruppe von MVZ, zu der die KlĤgerin gehört, ganz erheblich über das für andere vertragsärztliche Leistungserbringer geltende Ma̸ hinaus erhöht (vgl oben RdNr 28), nimmt die Beklagte damit eine Unterscheidung zwischen unterschiedlichen â∏∏Typenâ∏∏ von MVZ vor, die so im h\(\tilde{A}\)\(\text{fherrangigen Recht des SGB\(\tilde{A}\)\) V nicht angelegt ist und die der Gesetzgeber jedenfalls im vorliegenden Zusammenhang ersichtlich nicht vornehmen wollte (zur Bindung des untergesetzlichen Normgebers an höherrangiges Recht und die daraus folgenden Einschränkungen im Hinblick auf das zulÃxssige Differenzierungsziel vgl Heun in Dreier, GG, 3. Aufl 2013, Art 3 RdNr 53; vgl auch BVerfG Urteil vom 13.12.1961  $\hat{a} \square \square \hat{A}$  1 BvR 1137/59 ua  $\hat{a} \square \square$ BVerfGE 13, 248, 255 = juris RdNr 23; BVerfG Beschluss vom 26.2.1985  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \ 2\hat{A} \ BL \ 17/83\hat{A} \ \hat{a} \sqcap \sqcap \ \underline{BVerfGE} \ 69, \ 150$ ,  $159\hat{A} \ f = \hat{A} \ juris \ RdNr\hat{A} \ 38\hat{A} \ f$ ; Boysen in von Münch/Kunig, GG, 7. Aufl 2021, Art 3 RdNr 44). Wie der Senat bereits in seinem Urteil vom 22.10.2014 (B 6 KA 36/13 R â∏∏ SozR 4â∏∏2500 §Â 95 Nr 28 RdNr 25) ausgeführt hat, wurde schon zum Zeitpunkt der Einführung der in <u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V</u> geregelten Bürgschaftsverpflichtung mWv 1.1.2007 ein erheblicher Teil der MVZ durch KrankenhÄxuser bzw deren TrÄxger gegründet, die zu diesem Zweck in der Regel eine MVZâ∏∏Träger-GmbH grýndeten. In der Praxis der Zulassungsgremien war vor der Ã∏nderung des §Â 95 Abs 1a Satz 3 SGBÂ V durch das Terminserviceâ∏∏ und Versorgungsgesetz (TSVG) vom 6.5.2019 (BGBIÂ I 646) sogar teilweise die Auffassung vertreten worden, dass für jedes MVZ eine eigene Trägergesellschaft bestehen mýsse (val die Begründung zum Regierungsentwurf eines TSVG,

BTâ∏Drucks 19/6337 S 116, zu Art 1 Nr 52 Buchst a Doppelbuchst bb). Auch der Umstand, dass Gesellschafter einer solchen TrÄxger-GmbH nicht notwendig natürliche Personen sein müssen, ist im Gesetzgebungsverfahren zum VÃ∏ndG ersichtlich nicht übersehen worden (vgl dazu näher BSG Urteil vom 22.10.2014  $\hat{a} \sqcap \sqcap \hat{A} \stackrel{\triangle}{BA} \hat{A} \stackrel{\triangle}{A} \stackrel{\triangle}{A}$ der Senat mit dem genannten Urteil vom 22.10.2014 entschieden hatte, dass §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V nicht die Bürgschaft der hinter einer MVZâ∏∏Trägergesellschaft stehenden natürlichen Personen fordert, ist §Â 95 Abs 2 Satz 6 SGB V im Ã∏brigen mehrfach â∏∏ nämlich durch das GKVâ∏∏Versorgungsstärkungsgesetz (GKVâ∏∏VSG) vom 16.7.2015 (BGBIÂ I 1211) und durch das TSVG â∏∏ modifiziert worden. Eine Erweiterung der Haftung fþr MVZâ∏∏Trägergesellschaften, deren Gesellschafter keine natürlichen Personen sind, ist dabei nicht erfolgt. Vor diesem Hintergrund geht der Senat davon aus, dass die von der Beklagten vorgenommene Differenzierung nach der Art der Gesellschafter von MVZâ∏∏Trägergesellschaften im Abrechnungsverhältnis nicht dem in <u>§Â 95 Abs 2 Satz 6 SGBÂ V</u> fixierten Regelungsprogramm entspricht.

Â

32

f) Auch andere vernünftige Gründe, die geeignet sein könnten, die in §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB geregelte Ungleichbehandlung zu rechtfertigen, sind nicht ersichtlich. Es gibt keine tragfĤhigen Anhaltspunkte dafür, dass das Risiko von ForderungsausfĤllen bei der Rückforderung überzahlter Abschläge auf das Honorar gerade bei den in der Organisationsform einer juristischen Person geführten MVZ, deren Gesellschafter keine natürlichen Personen sind, so erheblich erhĶht ist, dass es sachgerecht wäre, darauf mit der Forderung nach einer Bankbürgschaft in Höhe der Gesamtsumme der Abschlagszahlungen zu reagieren. Praktische Erfahrungen oder empirische Erkenntnisse, die auf ein erh¶htes Risiko von Forderungsausfällen gerade bezogen auf die Gruppe von MVZ hindeuten würden, von denen Bankbürgschaften gefordert werden sollen, werden von der Beklagten, die in erster Linie über die erforderlichen Informationen verfügt, nicht geltend gemacht. Auch in der Begründung des og Antrags des Vorstands der Beklagten zur EinfA¼hrung des §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB wird dieser Gesichtspunkt nicht erwännt und in ihrer Revisionserwiderung macht die Beklagte ausdrücklich geltend, dass es nicht darauf ankommen könne, â∏ob und inwieweit Rückforderungen gegenüber MVZ-GmbHs bzw. ihre Gesellschafter, die als juristische Person firmieren, besonders häufig ins Leere gehenâ∏. Auf ergänzende Nachfrage des Senats hat die Beklagte in der mündlichen Verhandlung erklÃxrt, dass sie negative praktische Erfahrungen bei der Rückforderung überzahlter Abschlagszahlungen gerade gegenýber der Gruppe von MVZ, von der sie seit dem 1.7.2012 die Beibringung einer Bankbürgschaft fordert, nicht geltend machen möchte.

Â

4. Nach der Rspr des BVerfG haben VerstöÃ□e gegen Art 3 Abs 1 GG im Regelfall nicht unmittelbar die Nichtigkeit der beanstandeten Norm zur Folge. Deshalb erklärt das BVerfG die betroffene Norm in der Regel nur als mit Art 3 Abs 1 GG unvereinbar (Jarass in ders/Pieroth, GG, 17. Aufl 2022, Art 3 RdNr 32 mwN). Das gilt für Kollisionen von Gesetzen mit der Verfassung ebenso wie für Kollisionen untergesetzlicher Rechtsvorschriften mit gesetzlichen Bestimmungen oder mit der Verfassung (vgl BSG Urteil vom 20.1.1999 â□□ B 6 KA 9/98 R â□□ BSGE 83, 218, 222 f = SozR 3â□□2500 §Â 87 Nr 21 S 112 = juris RdNr 23; vgl Jarass, aaO RdNr 42). Die Beklagte ist grundsätzlich auch an die untergesetzlichen Normen ihrer Satzung gebunden (zur Bindung an Regelungen des Bewertungsausschusses als Normgeber des Einheitlichen BewertungsmaÃ□stabs fþr Ã□rzte vgl BSG Urteil vom 12.12.2012 â□□ B 6 KA 3/12 R â□□ SozR 4â□□2500 §Â 75 Nr 13 RdNr 42) und kann als Normgeberin den VerstoÃ□ gegen höherrangiges Recht im Regelfall auf unterschiedliche Weise beseitigen.

Â

34

Jedoch ist eine NichtigkeitserklĤrung angebracht, wenn der Normgeber mit Sicherheit die nach einer Teilnichtigkeit verbleibende Regelung wĤhlen wýrde (BVerfG Beschluss vom 26.1.1993 â∏ 1 BvL 38, 40, 43/92 â∏ BVerfGE 88, 87, 101). Teilweise hat das BVerfG bei GleichheitsverstöÃ∏en auch eigene Ã∏bergangsregelungen getroffen und eine begünstigende Regelung in Fällen eines gleichheitswidrigen Begünstigungsausschlusses auf die Ausgeschlossenen angeordnet (Jarass in ders/Pieroth, GG, 17. Aufl 2022, Art 3 RdNr 33 mwN), etwa wenn nur so ein verfassungsmäÃ∏iger Zustand hergestellt werden konnte oder wenn sich mit Sicherheit annehmen lässt, dass der Normgeber, wäre ihm das Problem bewusst, den Anforderungen des Gleichbehandlungsgebots gerade in diesem Sinne Rechnung tragen würde (BVerfG Beschluss vom 21.5.1974 â∏ BvL 22/71 ua â∏ BVerfGE 37, 217, 260 = juris RdNr 125 mwN; zu Rechtsverordnungen vgl BVerwG Urteil vom 25.7.2007 â∏ 3 C 10/06 â∏ BVerwGE 129, 116 RdNr 30 f mwN).

Â

35

Der gesamte Prozessstoff ergibt keinerlei Hinweise dafür, dass die Beklagte den Gleichheitsverstoà â â abweichend von der Praxis aller anderen Kà ven im Bundesgebiet â durch einen generellen Verzicht auf Abschlagszahlungen oder durch eine Ausdehnung der in §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB getroffenen Regelungen zur Beibringung einer Bankbürgschaft als Voraussetzung für die Gewährung von Abschlagszahlungen auf alle vertragsärztlichen Leistungserbringer hätte beheben wollen. Hinzu kommt, dass die vorübergehende Fortsetzung der Ungleichbehandlung gerade bei der Gewährung von Abschlagszahlungen auf den zu erwartenden Honoraranspruch kaum rückwirkend kompensiert werden könnte. Unter diesen Umständen kann der Gleichheitsverstoà nur beseitigt

werden, indem die Beklagte der Klägerin â∏ soweit die Voraussetzungen im Ã∏brigen erfþllt sind â∏ Abschlagszahlungen ab der Verkündung dieses Urteils unabhängig von den in §Â 5 Abs 1a AbrBestKVB geregelten einschränkenden Voraussetzungen gewährt. Die Freiheit der Beklagten, die Voraussetzungen für die Gewährung von Abschlagszahlungen künftig durch Satzung im Rahmen ihres Gestaltungsspielraums abweichend zu regeln, wird dadurch nicht beschränkt, soweit sie dabei den aus dem allgemeinen Gleichheitssatz (Art 3 Abs 1 GG) folgenden Anforderungen Rechnung trägt.

Â

36

D. Die Kostenentscheidung beruht auf  $\frac{\hat{A}\hat{S}\hat{A}}{197a} \frac{197a}{Abs}\hat{A} \frac{1}{154} \frac{1}{15$ 

Â

Erstellt am: 06.12.2022

Zuletzt verändert am: 21.12.2024